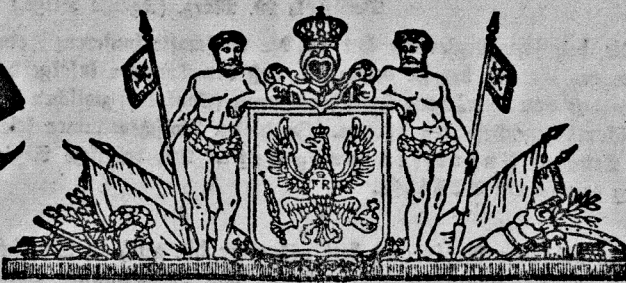


Vossische



Zeitung

1 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 28 Mark; unter Streifband 68 Mark im Inland, 80 Mark nach dem Ausland. Anzeigen. Zeile 12 Mark, Familienanzeigen 6 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstraße 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 680.

Anleihen statt Zwang.

Die Rede des Reichskanzlers ist von der Regierungsbank gestern durch längere Ausführungen des Außenministers Dr. Rathenau ergänzt worden. Dr. Rathenau sprach als Wirtschaftspolitiker über die Verlängerung des europäischen Unglücks durch die widersinnigen Forderungen der Reparationskommission und setzte sich in sehr glücklicher Weise mit den falschen und oberflächlichen Vorstellungen über die deutsche Wirtschaft, „Blüte“ und die deutsche Zahlungsfähigkeit auseinander, die in gewissen, leider auch in maßgebenden Kreisen der Entente-Länder immer noch bestehen. Zum Teil wiederholte er seine volkswirtschaftlichen und reparationspolitischen Darlegungen von Cannes. Die Ziffern und Schlussfolgerungen, die er dort vortrug, haben bekanntlich auf die alliierten Staatsmänner, die seine Zuhörer waren, im Augenblick lebhaften Eindruck gemacht; aber dieser Eindruck ist in der Praxis der Reparationspolitik seither leider wieder durch die Bindung der Entente-Politiker und der Entente-Parlamente an die Schlagworte und Illusionen zurückgebrannt worden, die sie selbst in der öffentlichen Meinung ihrer Länder genährt und gefördert hatten, und von denen sie jetzt so schwer und so langsam loszukommen vermögen. Rathenau betonte mit Recht, daß seine damalige Beweisführung von keiner Seite ernsthaft widerlegt worden sei. Aber die Politik des Zwangs versucht ihren Willen an die Stelle der Vernunft und der Logik zu setzen. Sie wird ihr Ziel nicht erreichen; aber sie kann das Elend des Kontinents noch weiter vergrößern, und die wirtschaftliche Verwirrung noch weiter beschleunigen und vermehren, bis die elementare Vernunft sich endlich durchgesetzt hat.

Wie bereits vorgestern der Reichskanzler, so hob gestern auch Dr. Rathenau die Tatsache hervor, daß eine Finanzierung der deutschen Reparationsleistungen fürs erste nur durch eine äußere Anleihe ermöglicht werden kann. Pressstimmen aus der letzten Zeit scheinen zu beweisen, daß man dies auch in Frankreich einzusehen beginnt. Aber nach den vorliegenden Berichten haben nur wenige Pariser Blätter bei der Kritik der Kanzlerrede an diese gemeinsame Erkenntnis angeknüpft. Das „Cablogramme“ bemerkt nicht mit Unrecht, die Rede des Kanzlers beweise, daß man in Frankreich zwischen der Sanctionspolitik und einer vollständigen Neuorientierung der Deutschland gegenüber einzuschlagenden politischen Methoden wählen müsse. Diese Neuorientierung kann nur von der Notwendigkeit der Reparationsfinanzierung durch äußere Anleihen ausgehen; sie kann nichts anderes bedeuten, als den ehrlichen Versuch gemeinsamer internationaler Anstrengung zur Lösung des Wiedergutmachungs- und des gesamten europäischen Wiederaufbauproblems. Jede Politik des Zwangs verhindert den Erfolg eines solchen Versuchs, weil sie politisch und wirtschaftlich unweigerlich die Grundlagen und Voraussetzungen der deutschen Kreditfähigkeit zerstören muß. Wenn die chauvinistischen Gruppen und Organe, denen es in Wahrheit viel weniger auf die Heilung der wirtschaftlichen Schäden als auf Bewegungsfreiheit für ihre imperialistischen und hegemonialpolitischen Bestrebungen ankommt, nach der Rede Dr. Wirths Zwang und Gewalt predigen, so ist das auf das tiefste zu beklagen und auf das schärfste zu verdammen, aber schließlich logisch immerhin noch zu begreifen. Eine verantwortungsbewusste Politik, die die eigene Finanznot und die Not Europas erkennt und die wirklichen Reparationen, nicht mehr oder minder verschleierte Annexionen will, muß endlich auf die nutzlose Geißel der Gewalt verzichten. Der französische Finanzminister de Lasteyrie hat in der gestrigen Senatsdebatte selbst betont, daß die Reparationen durch eine äußere Anleihe Deutschlands finanziert werden müssen. Glaubt er durch Drohungen und durch das Bestehen auf Zwangsangelegenheiten, die für die deutsche Wirtschaft ebenso verhängnisvoll wären, wie sie für die Gefühle eines großen Kulturvolks unerträglich sind, den Weg zu einer solchen Anleihe zu ebnen?

Dr. E. St.

Die Rede Dr. Rathenaus veröffentlichen wir auf der dritten Seite des Hauptblattes.

Um das Vertrauensvotum.

Die Aussprache im Reichstage über die Regierungserklärung zur Reparationsnote ist gestern noch nicht zum Abschluß gekommen. Es wäre möglich gewesen, da nur noch die Sprecher zweier Parteien, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten, hätten zu Worte kommen sollen. Aber es ergaben sich unerwartete Schwierigkeiten durch die Haltung der Deutschen Volkspartei. Man hatte bis in die späten Nachmittagsstunden nicht nur damit gerechnet, daß die Deutsche Volkspartei gegen den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen stimmen würde, sondern sogar gehofft, sie für einen Vertrauensantrag zu gewinnen, den die Regierungsparteien einbringen wollten und dessen Wortlaut mit der Deutschen Volkspartei vereinbart werden sollte.

In dieser Erwartung wurde man auf den Banken der Koalition bestärkt durch die Rede Dr. Stresemanns, der sich nicht nur mit entschiedenen Worten gegen den deutschnationalen Antrag gewandt, sondern auch den Wunsch nach einer breiten Abwehrfront im Reichstage gegen die Zumutungen der Reparationskommission ausgedrückt hatte. Nach der Rede ihres Führers beschloß die Fraktion der Deutschen Volkspartei aber, sich bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Stimmabgabe zu enthalten und gegen ein Vertrauensvotum für die Regierung zu stimmen, es sei denn, daß der Antrag der Regierungsparteien sich darauf beschränkt, auszusprechen, daß der Reichstag die in der Regierungserklärung enthaltene Ablehnung der Bedingungen der Reparationskommission billige. Die Koalitionsparteien hatten beabsichtigt, folgende Formulierung des Antrags vorzuschlagen: „Der Reichstag billigt die äußere Politik der Regierung.“

Dieser Beschluß der Deutschen Volkspartei hat bei der Regierungskoalition nicht geringe Überraschung und wenig freundliche Kommentare ausgelöst. Er veranlaßte den Abbruch der Debatte und die Vertagung auf heute.

Die Führer der Koalitionsparteien trafen im Arbeitszimmer des Reichskanzlers zu einer Besprechung zusammen. Sie ließen

es gestern offen, ob sie noch ihre Absicht, den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen mit einem Vertrauensantrag zu beantworten, verwirklichen würden. Die Entscheidung wird beim Reichskanzler liegen, der sich seine Entscheidung vorbehalten hat. Die Auffassung überwiegt, daß der Reichskanzler — schon mit Rücksicht auf die bevorstehende Konferenz von Genoa — sich nicht mit der Ablehnung des deutschnationalen Antrages begnügen, sondern auf einer positiven Rundgebung des Vertrauens bestehen wird. Da die Deutsche Volkspartei, deren Führer Dr. Rathenau in seiner gestrigen Rede mit auffallender Freundlichkeit behandelt hat, aus einer Mehrheitskombination für diese Abstimmung ausscheidet, gewinnt die Haltung der Unabhängigen erhöhte Bedeutung. Deren Fraktion hat gestern nicht beraten. Ihr Sprecher, Dr. Breitscheid, hat sich in der Debatte mit der Regierungserklärung durchaus einverstanden erklärt, nahezu ohne Einschränkung. Daraus wird geschlossen, daß die Unabhängigen, die bisher der auswärtigen Politik des Kabinetts Wirth niemals die Billigung versagt haben, nicht lediglich Stimmhaltung üben, sondern mit den Regierungsparteien stimmen werden, wenn die Formulierung des Koalitionsantrages ihnen zusagt.

Deutschlands und Frankreichs Anleihen.

Senatsdebatte über Deutschlands Antwort.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 29. März.

Der Finanzminister de Lasteyrie hat heute nachmittag im Senat während der Debatte über das Budget der aus dem Friedensverträge zu deckenden Ausgaben eine große Rede über die französische Wiedergutmachungspolitik gehalten. Der Minister begann mit der Erklärung, die französische Regierung halte den Zeitpunkt für gekommen, zu einer Lösung zu gelangen, die die Zahlungen Deutschlands sichert. Er sprach über das Finanzabkommen vom 11. März und die Entscheidung des Wiedergutmachungsausschusses und bemerkte dazu, es sei erstaunlich, daß die Kontrolle über das deutsche Budget „trotz der wahnsinnigen Ausgaben“ jetzt erst begonnen worden sei. Der Minister behauptete, die deutschen Steuerpflichtigen brächten nur ein Drittel von dem auf, was die französischen Steuerpflichtigen zahlten. Die deutschen Steuerfälle seien zwar sehr hoch, aber die Deutschen verheimlichten einen großen Teil der zu versteuernden Masse oder versteckten ihr Kapital im Ausland. Diesem Zustand müsse ein Ende gemacht werden. Die Kontrolle müsse einer mit großen Befugnissen ausgestatteten Stelle, die ihren Sitz in Berlin haben müßte, übertragen werden. Frankreich denke nicht an eine Einmischung in die Reichsverwaltung, aber eine Kontrolle sei in drei oder vier wesentlichen Punkten unvermeidlich. Erst nach Schaffung dieser Kontrolle werde man an eine internationale Anleihe denken können, vorausgesetzt, daß die anderen Mächte zustimmen.

Poincaré wirt ein: „Diese Zustimmung darf vor allem nicht von einer Herabsetzung der französischen Schuldforderungen abhängig gemacht werden.“

Der Finanzminister fährt fort: „Falls eine internationale Anleihe nicht möglich ist, kann man andere Anleiheformen in Aussicht nehmen. Deutschland kann solche Anleihen abschließen, wenn es sie durch seinen Reichtum und durch seine Arbeiten garantiert.“

Ribot: „Die Rede des Reichskanzlers ist nicht geeignet, diese Lösung zu erleichtern.“

Der Finanzminister: „Wir täuschen uns nicht über die Schwierigkeiten, wir wissen, daß wir Energie zu zeigen haben werden.“ Der Minister erklärte weiter, Frankreich brauche vor allem sofort Geld, und dies könne durch eine deutsche Anleihe herbeigeschafft werden. Auch Frankreich habe 1871 seine Kriegsschuld mit Hilfe einer Anleihe bezahlt, aber solche Anleihe würde zur Deckung der deutschen Schuld keineswegs ausreichen. Deshalb habe Frankreich sich entschlossen, von Deutschland Sachleistungen anzunehmen. Die Regierung werde dabei eine Schädigung der französischen Industrie zu verhüten trachten. Leider müsse es als sicher gelten, daß Frankreich im Jahre 1922 von Deutschland nur sehr wenig erhalten werde. Frankreich brauche zur Deckung von Ausgaben, deren Verschlebung unmöglich sei, 20—22 Milliarden Franken. Neue Steuern kämen nicht in Frage, da man die französischen Steuerzahler nicht länger für Ausgaben heranziehen könne, deren Deckung Deutschland zu

tragen verpflichtet wäre. Die von manchen Seiten empfohlene Inflation sei ein gefährliches Mittel, das den Ruin Frankreichs und soziale Wirren verursachen würde. Frankreich müsse sich deshalb nochmals, hoffentlich zum letzten Male, entschließen, zu dem unerfreulichen Mittel der inneren Anleihe zu greifen. Man benötigte bisher schon drei Milliarden Franken als Zinsen für die Summe, die Frankreich auf das Konto der deutschen Zahlungen bisher vorstrecken mußte. Sobald die Lage es erlaubt, werde Frankreich eine Anleihe zur Konsolidierung der laufenden Schuld aufnehmen.

Der Minister führte weiter aus, Deutschland könne zahlen, und wenn es nicht zahlen wolle, werde es gezwungen werden, guten Willen zu zeigen und seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Deutschlands Gebiet sei intakt, und es habe keine äußere Schuld; während Frankreich seinen Wiederaufbau in Angriff nahm, habe Deutschland seine Finanzen zerstört. Die Schwierigkeit bestehe in der Anwendung von Zwang. Die französische Regierung werde alles in ihren Kräften Stehende tun, um ans Ziel zu gelangen. (Bewegung). Die beteiligten Regierungen würden sich zu entscheiden haben, sobald der Wiedergutmachungsausschuß sich über die Antwort Deutschlands auf seine Forderungen geeinigt hat. Der Minister schloß mit den Worten: „Die Wiedergutmachungsfrage muß gelöst werden, ehe der Wiederaufbau Europas in Angriff genommen wird. Wir werden uns dieser Aufgabe mit ganzer Energie widmen.“

In der Vormittagsitzung des Senats war von einem Redner geäußert worden, die direkten Steuern in Deutschland seien sehr hoch, die Frage sei nur, in welchem Umfang sie erhoben würden. Der Finanzminister rief dazwischen: „Darauf kommt es allein an!“ Ein anderer Redner fragte in der Vormittagsitzung, was die Regierung mit dem Wiesbadener Abkommen anzufangen gedenke. Der Wiederaufbauminister Ribot erwiderte, die Regierung sei entschlossen, alle Werte als Zahlungsmittel anzunehmen, und habe sich deshalb bemüht, die Wiesbadener Abmachungen durch einige Änderungen leichter erfüllbar zu machen.

Senator De Monzil, der wiederholt als Kandidat für den Berliner Botschafterposten genannt worden ist, hielt in der Vormittagsitzung eine beachtenswerte Rede. Er äußerte die Überzeugung, daß die Wiedergutmachungsfrage in Genoa behandelt wird, und bemerkte weiter, ein Plan für den europäischen Wiederaufbau sei ohne Berücksichtigung des Wiedergutmachungsproblems nicht möglich. Eine Lösung dieses Problems ist nach seiner Meinung nur mit Hilfe einer internationalen Anleihe denkbar. De Monzils Rede fand lebhaften Beifall.

Unkenntnis des Reparationsausschusses.

Eine Kritik Souhaig.

Paris, 29. März. (W. T. S.)

Seit aus, der aus Deutschland zurückgekehrt ist, veröffentlicht in dem Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ eine vernichtende Kritik der Entscheidung der Reparationskommission. Er sagt, in den politischen führenden Kreisen in Frankreich herrsche ein vollkommenes Mißverständnis der Probleme hinsichtlich der französisch-deutschen Beziehungen und der Reparationsmöglichkeiten. Es sei